



Stadtratsfraktion Osterholz-Scharmbeck

Vorsitzende Marie Jordan

Email: ra-jordan@jordan-radtke.de

CDU-Fraktion, Bahnhofstr. 33a, 27711 Osterholz-Scharmbeck

Änderungsantrag

Osterholz-Scharmbeck, den 19.09.2019

Zum TOP 24 der Ratssitzung am 19.09.2019 stellt die CDU-Fraktion folgenden Änderungsantrag:

Die Stadt Osterholz-Scharmbeck unterstützt das staatlich-gesellschaftliche Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge „Nest“

- Der Rat der Stadt Osterholz-Scharmbeck bekennt sich zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg und Verfolgung ihre Heimat verlassen mussten und in Deutschland Zuflucht suchen.
- Die Stadt Osterholz-Scharmbeck hat mit der Unterstützung zahlreicher hauptamtlich und ehrenamtlich wirkenden Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren den Geflüchteten Obdach und Hilfe gewährt. Die Stadt hat damit gezeigt, dass sie bereit und fähig ist, geflüchtete Menschen aufzunehmen und zu integrieren.
- Diesen Weg wird Osterholz-Scharmbeck weitergehen und damit ein deutliches Zeichen der Menschlichkeit und Offenheit unserer Stadt und ihrer Menschen setzen – und damit auch ein Gegengewicht zu steigender Fremdenfeindlichkeit und Hass gegenüber hilfsbedürftigen Menschen.
- Die Stadt Osterholz-Scharmbeck nimmt am staatlich-gesellschaftlichen Aufnahmeprogramm des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung („Nest“) teil.
- Die Stadt Osterholz-Scharmbeck stellt ausreichend Plätze in ihren

Flüchtlingseinrichtungen zur Verfügung, um die Unterbringung der im Rahmen des Programms „NesT“ zusätzlich ankommenden Menschen sicherzustellen. Somit ist eine Übernahme der Kaltmiete durch die Ehrenamtlichen nicht notwendig.

Finanzielle Belastungen der Ehrenamtlichen erfolgen nicht.

- Die Verwaltung unterstützt die ehrenamtlichen Mentoren bei der Begleitung der schutzbedürftigen Flüchtlinge. Hierbei werden alle Handlungsfelder des Integrationskonzeptes berücksichtigt.
- Als Dankeschön und Anreiz sollen die ehrenamtlichen Helfer von der neuen Ehrenamtskarte in Osterholz-Scharmbeck profitieren.
- Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, bekennt sich dieser Stadtrat klar zum Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Begründung:

Programmbeschreibung „NesT“:

Weltweit sind Millionen Menschen auf der Flucht. Die meisten von ihnen finden zunächst Schutz in den UNHCR-Lagern in ihren Nachbarregionen. Unter den Geflüchteten gibt es jedoch viele mit besonderem Schutzbedarf.

Auf Empfehlung der EU-Kommission, das europäische Engagement zur Aufnahme besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge aus den UNHCR-Lagern in Europa auszubauen, hat sich eine Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten freiwillig dazu bereit erklärt, um legale und sichere Alternativen zu den gefährlichen Fluchtrouten zu schaffen, insgesamt 50.000 besonders schutzbedürftige Personen in Europa aufzunehmen. Deutschland beteiligt sich an dem Programm mit 9.200 staatlichen humanitären Aufnahmeplätzen des Bundes, 500 Aufnahmen aus einem Programm von Schleswig-Holstein und zusätzlich bis zu 500 Aufnahmen über das Pilotprojekt „NesT – Neustart im Team“.

Das Pilotprogramm "Neustart im Team" (NesT) ermöglicht die Aufnahme von bis zu 500 besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen. Der neue Ansatz: Staat und Zivilgesellschaft arbeiten dabei von Anfang an Hand in Hand. Dreh- und Angelpunkt bei NesT sind die Mentorinnen und Mentoren: Mindestens fünf Personen müssen sich gemeinsam dazu verpflichten, Flüchtlingen das Ankommen zu erleichtern und sie ideell und ggf. finanziell zu unterstützen.

Die Verpflichtungen sind für die Mentorinnen und Mentoren zeitlich begrenzt und von vornherein kalkulierbar. Sie suchen eine geeignete Wohnung und finanzieren die Kaltmiete

für zwei Jahre. Dies kann jedoch auch durch die jeweiligen Kommunen übernommen werden. Außerdem unterstützen sie die Schutzbedürftigen ein Jahr lang ideell auf ihrem Weg zur gesellschaftlichen Teilhabe. Sie sind Ansprechpartner und helfen beispielsweise bei Behördengängen, bei der Suche einer Schule, eines Ausbildungsplatzes und einer Arbeitsstelle. Zudem ermöglichen sie Begegnungen, zum Beispiel im Sportverein, in der Freizeit oder bei Festen.

Die neu geschaffene Zivilgesellschaftliche Kontaktstelle (ZKS) stellt Informationen über das Projekt bereit, bietet Schulungen an und berät Interessierte.

Verantwortet wird NesT vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Das Programm baut auf Erfahrungen anderer Staaten auf, wie z.B. Kanada und das Vereinigte Königreich. Zivilgesellschaftliche Vertreter haben NesT mit entwickelt.

Das Projekt ist im Frühjahr 2019 gestartet. Die ersten Einreisen werden voraussichtlich ab Sommer 2019 erfolgen. Das Pilotprojekt wird vom Forschungszentrum des BAMF begleitet und evaluiert werden. Über die Fortführung bzw. Verstetigung des Programms soll auf der Grundlage dieser Evaluierung entschieden werden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.


Marie Jordan